

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
H. Ad. Schlegel, Buchhändler,
Dr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke,
Otto Niekisch, in Posen
J. Krenn, Wilhelmstr. 8.

Verantwortlicher Redakteur:
A. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner in
den Annoncen-Expeditionen

H. Mosse,
Hassenstein & Vogler & Co.,
G. F. Paule & Co.,
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 103.

Ar. 850

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 5. Dezember.

Inserate, die schlagzeilige Zeitschrift oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den übrigen
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung vom 4. Dezember, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

Am Tische des Bundesrathes: v. Bötticher. Das Haus
ist gut besetzt.

Eingegangen ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Errich-
tung von Handwerkerkammern.

Der erste Punkt der Tagesordnung bildet die Wahl
des Präsidiums, die durch Abgabe vonzetteln stattfindet.

Bei der Wahl des ersten Präsidenten werden
293 Zettel abgegeben. Davon ist ein Zettel ungültig und 58 sind
unbeschrieben. Von den übrigen 234 Zetteln lauten 229
auf den bisherigen Präsidenten, Herrn v. Buol
(Ctr.), der somit gewählt ist und die Wahl mit folgenden
Worten annimmt:

„Ich erachte es als eine Ehrenpflicht, Ihrem Rufe zu folgen.
Das Ergebnis der Wahl wird mir ein Sporn sein, alle Kräfte
aufzubieten, um meiner Aufgabe nach allen Richtungen hin gerecht
zu werden. Ich bitte um Ihre fernere Nachsicht und Unterstützung.
(Lebhafter Beifall.)“

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten
werden 290 Zettel abgegeben, darunter sind 107 unbeschrieben und
einer ist ungültig, 169 entfallen auf den bisherigen
ersten Vizepräsidenten, Abg. Schmidt-Eberfeld,
13 sind zerstückelt.

Abg. Schmidt-Eberfeld (Freil. Vp.): Ich nehme die Wahl
dankend an.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden ins-
gesammt 270 Stimmzettel abgegeben, davon 96 Zettel un-
beschrieben sind. Auf den Abg. Spahn (Ctr.) entfallen 170
Stimmen.

Abg. Spahn (Ctr.): Ich nehme die auf mich gefallene Wahl
dankend an.

Zu Schriftführern werden auf Antrag des Abg. von
Rarorff durch Zuzuf die Abgg. Braun (Ctr.), Geatelski
(Vole), Dr. Hermes (Freil. Volksp.), Krebs (Ctr.), Dr. Kro-
patsch (kons.), Werbach (Vp.), v. Norman (kons.)
und Dr. Bieschel (natl.), zu Quästoren die Abgg. Dr.
Kintelen (Ctr.) und Plade (natl.) gewählt.

Vor der Beratung des Antrages Zimmermann betreffend
Einführung des gegen den Abg. Werner Schweibenden Straf-
verfahrens eingetreten wird, beantragt

Abg. Singer (Soz.) auch einen von der sozialdemokratischen
Partei eingebrachten, aber noch nicht auf der Tagesordnung
stehenden Antrag auf Einführung eines gegen den Abg. Stadthagen
Schwebenden Strafverfahrens auf die Tagesordnung zu setzen. Der
Termin sei bereits zu Donnerstag früh anberaumt.

Das Haus stimmt diesem Vorschlag zu. Die Anträge Zimmer-
mann und Singer werden ohne Debatte angenommen.

Am Schluss der Sitzung verkündet der Präsident, daß mehrere
Urlaubsgesuche eingegangen sind, u. a. eins des Abg.
Hilmar auf 10 Wochen wegen einer „unausschließbaren Reise
ins Ausland“. (Stürmische Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Stat.)
Schluß 4 Uhr.

Deutschland.

□ Berlin, 4. Dez. [Zum Rücktritt Köllers.]

Nachgerade zweifelt auch die „Kreuztg.“ nicht mehr an dem
Rücktritt des Herrn von Köller, obgleich eine offizielle
Bestätigung noch nicht vorliegt. Uebrigens stellt es sich immer
mehr heraus, daß Herr v. Köller zwar über den bereits ge-
meldeten Vorgängen, namentlich über der Schließung der sozial-
demokratischen Vereine, zu Fall gekommen ist, aber er wäre
nicht zu halten gewesen, auch wenn diese Dinge nicht passiert
wären. Seine Kollegen mochten ihn einfach nicht mehr; der
Fertigum, der mit seiner Berufung begangen worden war,
konnte nur durch seine Entfernung repariert werden. Nach
dem Maße seiner Fähigkeiten, die auch den bescheidensten
Anforderungen durchaus ungenügend erscheinen mußten,
war für Herrn von Köller kein Platz in einem Kol-
legium, das unbeschadet der Kritik vom politischen Standpunkt
aus — doch jedenfalls aus geistig hervorragenden Männern
bestehen muß und, bis auf Herrn v. Köller, auch besteht.
Von einem ausgesprochenen „System“ des Herrn v. Köller
läßt sich überhaupt nicht sprechen. Er war gar nicht einmal
so schlimm, wie man es vorher befürchtet hatte, und weder an
die Künste noch an die Rücksichtslosigkeit des Herrn v. Putt-
lamer reichte er auch nur von Weitem heran. Er ist sogar
auch den Sozialdemokraten lange nicht mit der Schärfe ent-
gegengetreten, wie seitens anderer Minister gesehen ist. Die
gekauften Majestätsbeleidigungen und die Preßprozesse
gegen sozialdemokratische Zeitungen kommen doch nicht eigent-
lich auf das Konto des Herrn v. Köller. Der einzige Streich
aber, den er gegen jene Partei gerichtet hat, die Schließung
ihrer Vereine, war ein echter Fuzarenstreich, unbesonnen unter-
nommen, ohne jede Aussicht auf Erfolg, von der Sozialdemo-
kratie mehr verachtet als gefürchtet. — Als Nachfolger wurde
heute mit aller Bestimmtheit Herr v. Bucanus, der Chef
des Zivilkabinetts, genannt, der auf diesem seinem alten Posten
durch den Chef der Reichskanzlei, Geheimrath v. Wilmowski,
ersetzt werden sollte. Der offiziöse Telegraph beeilt sich aber,
diese Meldungen als ganz unrichtig zu erklären. Er-
wähnt sei, daß auch ein Mann nach dem Wunsche der Agrarier,

nämlich der Regierungspräsident von Königsberg, unter den
Kandidaten genannt wird.

Der Kaiser hat gestern noch einige Begrüßungs-
telegramme anlässlich verschiedener Erinnerungsfeiern
abgesandt, so an das Offizierkorps des Infanterie-Regiments
in München zum Gedenktage der Schlacht von Soligny-Bouvry
und an das Husarenregiment von Schill in Oldau anlässlich des
Gedenktages des Gefechts von Ormes. An den Generalleutnant
z. D. Grafen v. Schlippenbach-Arendsee hatte der Kaiser noch
von Breslau aus folgendes Telegramm gerichtet: „Obwohl erst bei
Bionville an der Spitze des 1. Bataillons der 52er schwer ver-
wundet, führten Sie das Regiment in der Schlacht von Orleans
schon wieder zu neuen Ehren. Es gereicht Mir zur besonderen
Freude, Ihnen an dem heutigen 25. Gedenktage hierdurch den Cha-
rakter als General der Infanterie zu verleihen.“ — Auch der Ge-
neralmajor v. Häfeler in Schwerin i. Mecklenburg
erhielt am Mittwoch folgendes kaiserliche Telegramm:
„Neues Palais, 2. Dezember. Bei der Wiederverkehr der Gedenktage
des Vortrefflichen erinnere Ich Mich Ihrer als tapferen Eskadron-
chefs der mecklenburgischen Dragoner in jener Zeit und verleibe
Ihnen hierdurch den Charakter als Generalleutnant. Wil-
helm I. R.“

Aus Lübeck wird gemeldet: Anlässlich des Erinnerungs-
festes des hier garnisonierenden 3. Bataillons des 76. Infanterie-
Regiments an die Kämpfe bei Soligny-Bouvry war Stadt und
Land festlich beflaggt. Vormittags fand eine Parade der jetzigen
und ehemaligen 76er vor dem Senat und dem Generaloberst Graf
v. Walderssee statt. Bei dem dann stattfindenden, vom Senat
gegebenen Festessen überreichte der Senat dem Offizierkorps die
Stiftung von 10000 M. Abends finden verschiedene Festlich-
keiten statt.

Das Landesökonomikollegium nahm in
seiner heutigen außerordentlichen Plenarversammlung
eine Resolution an, nach welcher das Kollegium den Grund-
sätzen der Zuckersteuervorlage in Bezug auf das
Fortbestehen der erhöhten Exportprämien, solange die konkur-
rierenden Staaten solche zahlen, und der Kontingentierung der
Fabriken bei der Erhöhung der Exportprämie beistimmt. An-
wesend waren Staatssekretär Minister Dr. v. Bötticher,
Staatssekretär Graf Posadowsky, Landwirtschaftsminister
v. Hammerstein und Finanzminister Dr. Miquel. Der
Kaiser war nach 2 Uhr erschienen und wurde mit einer
Ansprache des Vorsitzenden Ministerialdirektor Sterneberg
und einem begeisterten Hoch der Versammlung empfangen.
Staatssekretär Graf Posadowsky führte aus, die Erhö-
hung der Exportprämien setze als Nothwendigkeit die Kontin-
gentierung voraus. Das Gesetz habe keineswegs einen fiskal-
ischen Charakter, es sei lediglich ein nobles officium des
Reiches für die theilhaftigen Landwirthe. Die Betriebssteuer
käme zum größten Theil dem Ausfuhr-Prämienfonds zu Gute.
Im Uebrigen sei diese Steuer das einzige soziale Moment,
welches das Gesetz im Reichstage durchbringen dürfte. Land-
wirtschaftsminister Hr. v. Hammerstein äußerte, das
Gesetz sei nicht ein Noth-, sondern ein Kampfgesetz.
Das Gesetz sei nothwendig, wenn nicht der wichtigste landwirt-
schaftliche Industriezweig vom Weltmarkt verdrängt werden solle.
Deshalb sei es geboten, daß das Kollegium den Grundzügen
des Gesetzes zustimme und von einzelnen Einwendungen absehe.
Die beschränkte Kontingentierung sei nothwendig, schon um der
Staaten willen, mit welchen die Reichsregierung wegen der Auf-
hebung der Exportprämie in Unterhandlung stehe. Wenn Oester-
reich und Frankreich die Exportprämie aufheben, werde
Deutschland mit der Aufhebung nicht zögern. Bis dahin sei
es nothwendig, Alles zu thun, um das Gesetz durchzubringen.

Der Kaiser wohnte der Sitzung bis 5 1/2 Uhr bei und
begab sich alsdann in das Reichskanzlerpalais, wo er längere
Zeit verblieb. Abends begab sich der Kaiser zum Diner beim
Landwirtschaftsminister Freiherrn von Hammerstein-Vogten.

Die „Voss. Ztg.“ berichtet, daß das Rücktritts-
gesuch Köllers dem Kaiser nach Breslau nachgeschickt
worden sei und daß heute während eines Vortrages des
Reichskanzlers beim Kaiser Entscheidung darüber getroffen
werden sollte. Namentlich soll es das schroffe Auftreten
des Ministers gegenüber dem Reichskanzler und dem Kriegs-
minister gewesen sein, das zum Rücktritt des Herrn v. Köller
führte. Auch habe der Reichskanzler erst durch die Zeitungen
Kenntniß von der von Herrn v. Köller angeordneten Schließung
der sozialdemokratischen Vereine erlangt. Herr v. Köller dürfte
vielleicht ein Oberpräsidium erhalten; der Rücktritt
anderer Minister stehe nicht bevor.

Der Abg. Liebknecht hielt gestern Abend vor etwa
2000 Personen eine mit großer Begeisterung aufgenommene Rede
über die gegenwärtige Lage.

Die „Kreuzzeitung“ meldet: Die Konsistorial-
Präsidenten und General-Superintendenten
der evangelischen Landeskirche sind heute zu einer gemeinsamen
Besprechung mit dem Evangelischen Oberkirchenrath
hier eingetroffen. Am Abend werden die Herren einer Ein-
ladung zum Präsidenten Dr. Barthausen Folge geben.

Zur Beratung der Apothekerfrage wird,
wie die „Süddeutsche Apotheker-Zeitung“ mittheilt und die

„Pharmaceutische Ztg.“ bestätigt, auf Anordnung des Reichsamts
des Innern eine aus Vertretern der Regierungen, Apotheken-
besitzern und nichtbesitzenden Apothekern bestehende Kommission
aufgestellt. Die sehr große Kommission — man spricht von
60 Personen — wird wahrscheinlich bereits zum Januar ein-
berufen.

Ueber das Ergebnis der am Mittwoch stattgehabten
Stichwahl in Herford-Halle wird Abends 9 Uhr
gemeldet: Soweit bis jetzt bekannt, erhielten Bürgermeister
Quentin, natlib., 5152, Dr. Weihe, Amtsgerichtsrath,
kons., 3806 Stimmen.

W. B. Gera, 4. Dez. Der Landtag lehnte den An-
trag auf Strafverfolgung des Verlegers und Druckers
des sozialdemokratischen Wahlflugblattes wegen Beleidigung des
Ministeriums ab.

Parlamentarische Nachrichten.

Die Freisinnige Volkspartei hat im
Reichstage folgenden Antrag eingebracht: „Alle Deutschen
sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß
Vereine zu bilden und sich unbewaffnet in geschlossenen
Räumen, sowie in Privatgrundstücken auch unter freiem Himmel
zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt, mit anderen
Vereinen zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung zu treten.“

Die Bestimmungen der Reichsverschöngesetze, der Reichs-
militärgefeße, desgleichen die Bestimmungen der Landesgesetze
über die Ueberwachung von Zusammenkünften bleiben un-
berührt.“

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend
die Ausnahme einer Anleihe für Zwecke der Ver-
waltung des Reichsheeres, der Marine und der
Reichseisenbahnen, nebst Begründung zugegangen.
Danach sollen die außerordentlichen Geldmittel, welche in dem
Reichshaushaltsetat für das Etatsjahr 1896/97 zur Beilegung
einmaliger Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, der
Marine und der Reichseisenbahnen mit 27 850 921 M. vorgesehen
sind, durch eine verzinsliche Anleihe beschafft werden.

Dem Reichstage ging ein Antrag Marquard-
sen-Cuny zu, das Haus wolle die Erwartung ausdrücken,
daß bei der Ausarbeitung der Militärgerichtsver-
fassung und der Militärstrafprozedur die Grundsätze der Ständigkeit der Gerichte und der Offen-
lichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens
zur Geltung gelangen, soweit nicht militärdienstliche Interessen
Ausnahmen nothwendig erscheinen lassen.

Ferner ging dem Reichstage ein Antrag Dike-Lieber
zu, die Regierung zu ersuchen, die Durchführung der Bestimmungen
der Gewerbeordnung betreffend den Schutz der Gesund-
heit und Sittlichkeit mehr als bisher zu sichern, sowie die
Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend
den Schutz der jugendlichen und weiblichen Ar-
beiter auf die Hausindustrie wirksam vorzubereiten und
anzuregen.

Die Sozialdemokraten im Reichstage haben den
schleunigen Antrag eingebracht, den Reichskanzler zu ersuchen,
zu veranlassen, daß das gegen den Abgeordneten Liebknecht
beim Landgericht Breslau wegen Majestätsbeleidigung
Schwebende Strafverfahren für die Dauer der gegenwärtigen
Sitzung eingestellt werde. Das Verfahren gegen Liebknecht
wegen Majestätsbeleidigung befindet sich bekanntlich in der Re-
visionsinstanz vor dem Reichsgericht. Auf den Antrag findet
Art. 31 der Reichsverfassung, Abs. 3, Anwendung: „Auf Ver-
langen des Reichstags ist jedes Strafverfahren gegen ein
Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Eivilhaft für die
Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.“

Amerika.

W. B. Washington, 3. Dez. (Ausführlichere Meldung.) In
der Jahresbotschaft bezeichnet Präsident Cleveland bei ein-
gehender Besprechung der Handelsbeziehungen zu
Deutschland die deutschen Schutzmaßnahmen gegen die Ein-
fuhr von Vieh und Nahrungsmitteln als umso mehr Aergerniß
erregend, da kein europäischer Staat so vorzüglich die Nahrungs-
mittel-Ausfuhr überwiege, wie Amerika. Die geschäftliche
Anschließung amerikanischer Versteigerungs-Gesell-
schaften in Preußen wird eingehend, lästigen
und unvorhersehbaren Einschränkungen zu-
geschrieben. Trotz aller amerikanischen Nachsicht solchen Maßregeln
gegenüber brauche man dennoch eine ungerechte Differenzierung und
negatorische Beschränkung nicht stillschweigend hinzunehmen. Sollten
ähnliche Gegenmaßnahmen, wie sie dem amerikanischen Handel
aufgebürdet worden seien, bei Prüfung der Sachlage rüthlich er-
scheinen, so sei der Weg zur Erreichung derselben leicht. So lange
die Nothwendigkeit dazu dem Volksgefühl widerspreche, müsse man
sich jedoch hüten, solche Politik leichtsinnig zu beginnen, da ein der-
artiges Vorgehen naturgemäß ernste Folgen haben könne. Der
Passus, welcher sich auf Deutschland bezieht, schließt mit freudiger
Erwähnung der Anerkennung, die die amerikanische Flotte bei
den vieler Festlichkeiten gefunden hat. Schließlich wird die
Aufmerksamkeit des Kongresses erneut darauf gelenkt, daß die Ver-
mehrung der Regierung von den lästigen und unrationellen Ver-
pflichtungen zur gemeinsamen Verwaltung Samoa's wünschens-
werth sei.

Aus dem Gerichtssaal.

* Gotha, 4. Dez. Der Landtagsabgeordnete Bürger-
meister Glaser aus Lambach, einer der Hauptvertreter agrar-
ischer Forderungen, wurde nach dem „Berl. Tol.“ wegen Unter-
schlagung zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt.

W. B. Bochum, 4. Dez. Die hiesige Strafkammer bestätigte als Berufungsinstanz das Urtheil des Schöffengerichts, betreffend die Verurtheilung des Ersten Staatsanwalts Rüdter wegen Beleidigung des Kaufmanns Barlen zu 50 M. Geldstrafe.

W. B. Bochum, 4. Dez. Die hiesige Strafkammer bestätigte als Berufungsinstanz das Urtheil des Schöffengerichts, betreffend die Verurtheilung des Ersten Staatsanwalts Rüdiger wegen Beleidigung des Kaufmanns Barlen zu 50 M. Geldstrafe.

R. Bosen. 4. Dezember.

Die Versammlung schreibt nunmehr zur Beschlussfassung über die Anträge des Magistrats vom 30. Oktober d. Js. mit Bezug auf den für die Regulirung und Bedeckung der Warthe im Stadtgebiet Posen neu aufgestellten Entwurf vom 17. August 1895. Referent der vereinigten Bau-, Finanz- und Rechtskommission ist Stadtb. Placzek. Derselbe führt unter Andern aus: Nachdem zu Anfang dieses Jahres bekannt geworden sei, daß das Ministerium die königliche Regierung beauftragt habe, ein neues Projekt für die Warthe-Eindeichung auszuarbeiten und dieses Projekt dann im Sommer durch den Regierungsbaumeister fertig gestellt worden sei, habe sich der Bürgerschaft eine Erregung bemächtigt, die durch Zeitungspolemiken noch gesteigert worden sei. Dem gegenüber ist es mit Freuden zu begrüßen, daß den städtischen Kollegen Gesehnheit gegeben sei, sich darüber auszusprechen, wie die Angelegenheit der Eindeichung ihrerseits behandelt werden solle. Es sei diese Gelegenheit um so mehr willkommen, als durch die Zeitungspolemiken ein Mißverständnis die Meinung zum Ausdruck gelangt sei, daß den städtischen Behörden die nöthige Opferwilligkeit fehle, daß sie die Mittel zur Eindeichung nicht hergeben wollten. Es werde durch die Besprechung der Eindeichungsangelegenheit im Schooße der städtischen Verwaltung eher klar geworden sein, daß sie gern bereit sei, die ihren Kräften entsprechenden Mittel zu bewilligen, wenn der Staat seinerseits helfend eintrete, das aber sei noch weit im Felde. Das von der Regierung aufgearbeitete Bedeckungsprojekt sei nun dem Magistrat zugesandt worden, damit er event. seine Bedenken dagegen äußern könne. Die hierzu bemessene Frist sei aber eine so kurze gewesen, daß der Magistrat diese Frist mit vollem Rechte nicht habe innehalten können. Selbstverständlich seien irgend welche Nachtheile für die Stadt daraus nicht entstanden. Bevor der Referent auf die gegen das neue Eindeichungsprojekt erhobenen technischen und finanziellen Bedenken näher eingeht, wendet er sich an der Hand der Magistratsvorlage zu den früheren Verhandlungen über die Eindeichung der Warthe und giebt einen kurzen Uebersicht über die Projekte Krause I und II, sowie über das Projekt Wulsch, ihre Zwecke und Kosten hervorhebend. Das Projekt Wulsch sei, obwohl es von der Immediat-Kommission genehmigt wurde, in der letzten Instanz schließlich für unannehmbar erklärt worden, weil die Zustimmung der Strombau-Verwaltung, welche die Verbesserung der Strom- und Schiffahrtsverhältnisse nicht genügend berücksichtigt glaubte, nicht zu erlangen war. Da sei nun das Projekt Ottmann ausgearbeitet worden, das wieder auf das Projekt Krause I zurückging. Von einer näheren Beschreibung des Regierungsprojekts kann hier abgesehen werden, da dasselbe hinlänglich bekannt ist. Das Projekt Ottmann habe dann — am 27. August 1895 — einer eingehenden Besprechung unterzogen, zu welcher die Vertreter aller interessirten Behörden zugezogen waren, um ihre etwaigen Bedenken zu äußern. Die Vertreter der Fortifikation, der königl. Eisenbahn-Direktion und der Polizeidirektion hätten Bedenken nicht erhoben. Der Landeshauptmann Dr. von Dzembowski habe namens der Provinz eine Erklärung über das Projekt zwar nicht abgeben können, persönlich aber bezüglich des projektirten Hafens das Schwere Bedenken geltend gemacht, daß dessen ganze Einrichtung nicht dazu angethan sei, die angrenzenden Stadttheile vor der Ueberschüttung zu schützen. Des Wittern habe der Landeshauptmann es als einen Uebelstand bezeichnet, daß für die Kommunikation von der Wallisch nach dem Ralschörhor — an Stelle des Verdyshower Damms — nur in einem größeren Umwege ein Erlas geschaffen werden solle, und daß endlich das Projekt nicht anzeige, in welcher Weise und bis zu welchem Grade eine Senkung des Hochwasserspiegels erzielt werden. Der Referent weist ferner auf die verschiedenen weiteren Bedenken hin, die geltend gemacht worden seien, so von dem Landroth Dr. Baarth, welcher betonte, daß die schnellere Zuführung des Hochwassers infolge der Flußkorrektur im Posener Stadtgebiet eine bessere Stromregulirung auch unterhalb Posens bis Oboornik unbedingt nothwendig machen würde. Die Vertreter der Stadt hätten zunächst auch nur ihre persönlichen Bedenken äußern können und dies besonders hinsichtlich des Hafens gethan; auch hätten sie erklärt, daß die Stadt die ihr durch das Regierungsprojekt auferlegten finanziellen Opfer nicht bringen und die Ausführung des Projekts unter keinen Umständen übernehmen könne. Regierungs-Präsident von Jagow habe darauf bemerkt, daß er schon jetzt glaube die sicherste Ueberzeugung aussprechen zu können, daß der Staat die Unterhaltung der Anlagen und namentlich der Pumpwerke zweifellos nicht übernehmen würde, da das Projekt doch im Wesentlichen zu Gunsten der Stadt aufgestellt sei und diese daher auch für die Unterhaltung zu sorgen habe.

Im Schoße des Magistrats sei das Projekt Ottmann eingehend
berathen worden und habe der Magistrat in seiner Vorlage an
die Stadtverordneten-Versammlung alle jene Bedenken ausführlich

In vertraulicher Behandlung habe sich die vereinigete Kommission nach eingehender Beratung auf einen bestimmten Antrag im Wesentlichen einstimmig geeinigt. Allerdings sei in der Kommission auch die Frage aufgeworfen worden, ob die Eindeichung wünschenswerth sei und ob sie bei dem jetzigen Stande der Sache Aussicht auf Verwirklichung habe. Aber diese Fragen hätten eine Beachtung nicht gefunden. Andererseits sei auch betont worden, die Aufstellung des Projektes sei ohne Hinzuziehung des Magistrats erfolgt, so daß dieser nicht in der Lage gewesen sei, die technischen Bedenken zu prüfen; man solle die Regierung hievollst erfragen, die sehr schwer wiegenden Bedenken des Projektes zu beseitigen. Und solche seien in der That vorhanden; besonders was die Hafenanlage betrifft, solle ein Experiment gemacht werden, wofür bis heute jede Erfahrung fehle. Die vereinigete Kommission habe sich gesagt, daß man trotzdem alles vermeiden mühe, was auch nur den Schein erwecken könne, als wolle die Stadt einen Ausschub der Eindeichung herbeiführen. Es sei denn auch ausdrücklich hervorgehoben worden, daß die Stadt das lebhafteste Interesse an dem Zustandekommen der Eindeichung habe, und daß sie das vorliegende Projekt gern fördern wolle, wenn die technischen Bedenken derselben beseitigt würden. Der Referent verliest hierauf die bereits mitgetheilten Anträge der vereinigten Kommission und bemerkt noch Folgendes: Die Kommission sei der Meinung, daß das neue Projekt, nach Beseitigung der technischen Bedenken, der Stadt den erwünschten Schutz gegen Hochwasser bringen könne. Die Kommission wolle auch erhebliche Mittel aufwenden, um diesen Schutz herbeizuführen. Wenn hierüber noch kein bestimmter Antrag gestellt werde, so geschehe dies deshalb, weil es zur Zeit noch an jeder genauen Berechnung der Kosten für das Regierungsprojekt fehle, die man erst abwarten müsse, bevor man eine bestimmte Summe in Aussicht nehmen könne. Was nun den 3. Punkt des Antrages, die Uebernahme der Ausführung des Projektes in städtische Regie betreffe, so sei dieselbe abgelehnt worden. Man habe sich gesagt, daß man auf Grund der bei anderen Gelegenheiten gemachten Erfahrungen vorzüglich sein müsse, um nicht Leistungen zu übernehmen, die man schließlich nicht erzwängen könne. Es sei insbesondere auch auf die Opfer hingewiesen worden, welche der Vertrag mit der Regierung bezüglich des Realgymnasiums noch jetzt von der Stadt fordere. Ferner sei gesagt worden, daß es im wesentlichen ein Projekt der Regierung sei, daß in erster Linie die Stromkorrektur erfolge. Die Stadt habe selbstverständlich das größte Interesse daran zu wissen, daß, wenn sie sich zu einer bestimmten Summe entschlossen habe, mit dieser Summe ihre Leistungsfähigkeit erreicht sei. Referent empfehle dringend, die Beschlüsse der Kommission anzunehmen.

Der Vorsitzende bemerkt, bevor die Versammlung zur Beschlußfassung übergehe, habe sie eine gewisse Ehrenpflicht zu erfüllen. In Bezug auf das Project Wulsch habe eine Ueberentscheidung bis auf die höchste Instanz, vorgelegen. Hier sei es abgelehnt worden, weil gesagt wurde, es verfolge nur städtische, nicht aber fiskalische Interessen. Darin könne dießseits ein Tadel des Projectes natürlich nicht erblüht werden und das um so weniger, als Herr Wulsch damit das städtische Interesse ganz besonders wahrgenommen habe. Ihm dafür den Dank auszudrücken, verluchte der Vorsitzende die Versammlung, sich von den Sitzen zu erheben, was gesahst.

Darauf führt Oberbürgermeister Witting aus: Der Magistrat könne sich dem Dankesbottum für Herrn Wulsch nur anschließen. Zu den Ausführungen der Referenten, die ershöpfend alles gesagt hätten, was hier zu sagen sei, wolle er nur eine kleine thatsächliche Berichtigung aussprechen, nämlich die, daß das Projekt Wulsch von der Sammelat-Kommission angenommen worden sei, dagegen erst im Ministerium Schiffbruch gelitten habe. Der von Referenten vorgeschlagenen Beschlußfassung werde der Magistrat sicherlich auch seinerseits beitreten; denn der Kommissionsantrag dehe sich in allen wesentlichen und entscheidenden Punkten mit dem der Magistratsvorlage. Und die beiden Punkte, in denen die Magistratsvorlage von der Beschlußfassung abweiche, seien doch mehr redaktioneller und formeller Natur. Wenn der Magistrat gesagt habe, er habe gegen die Vorlage diese und jene Bedenken, wolle aber trotzdem einen Widerspruch nicht erheben, und wenn die Kommission sage, sie habe diese Bedenken ebenfalls und verlange, daß dieselben erst beseitigt werden und wenn sie unter dieser Voraussetzung mit dem Projekt einverstanden sei, so könne man folgerichtiger nicht procediren, wie der Referent es vorgeschlagen habe. Dem Magistrat aber komme es noch daraufan, den Schein zu vermeiden, als ob er aus vorgefaßter Meinung, aus Eigensinn oder aus anderen verborgenen Gründen dieses Projekt nicht haben wolle. Er bestohe auch nicht auf der Annahme seiner Anträge, wolle die Versammlung diese abändern, so wolle der Magistrat nichts dagegen haben. Die zweite abweichende Erwägung der Kommission bestohe darin, daß sie sich für die Mittel nach oben hin nicht festlegen wolle, wozu die Kommission auf Grund der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 1. Oktober d. J. berechtigt sei. Wäre diese Verfügung, welche die Erörterung der finanziellen Fragen offen ließ, schon vorhanden gewesen, so würde der Magistrat eine bestimmte Summe in seine Vorlage jedenfalls nicht eingesetzt haben. Daß dies aber geschehen sei, ohne daß es für einen bestimmten Zeitpunkt gefordert wurde, werde zeigen, daß der Magistrat bereit sei, die Angelegenheit schnellstens zu fördern. Zum Schlusse gebe er, Redner, seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch dieser Beschluß, wie fast alle wichtigen Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung, einstimmig oder doch fast einstimmig gefaßt worden sei.

Bei der Abstimmung werden, wie bereits mitgeteilt, die beiden ersten Anträge der vereinigten Kommission einstimmig, der dritte Antrag dagegen wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Ueber den Austausch von Parzellen an der Tiefenstraße mit dem Hausbesitzer Kluge berichtet Stadth. Eichowicz. Danach soll Hausbesitzer Kluge ca. 6 Dn. an die Stadt und diese ca. 20 Dn. an jenen abtreten, um die Straßenflucht gerade zu legen. Für den Unterschied soll Herr Kluge 420 Mark an die Stadt zahlen. Der Antrag wird angenommen.

Eine lange Erörterung knüpft sich alsdann an die Vorlage des Magistrats betreffend die Errichtung einer städtischen Bank. Der Referent Stadtv. Jaffé verbreitet sich zunächst über die Aufgaben der Bank, welche der Unterstützung von Handel und Gewerbe in unserer Stadt, der Förderung der Genossenschaftsbildung und der Verbesserung der gesamten Kreditverhältnisse dienen solle. Als weiteres Ziel sei in Aussicht genommen, die Bank allmählich zu einem Institut für die ganze Provinz zu entwickeln, das besonders den Creditverkehr fördern solle. Als Stammkapital der Bank solle $\frac{1}{2}$ Mtl. gegen Zinsen aus der

Stadth. Dr. v. Lewinski spricht für die Vorlage und hält den Ausführungen des Referenten entgegen, daß man die Ueberschüsse der Sparcasse nicht besser anlegen könnte, als es durch die Einrichtung eines Arbeitsnachweises, Volks- und Schulbades geschehen sei, die man aus diesen Ueberschüssen geschaffen habe. Ähnliche pfeilmittliche Ausführungen, wie heute gegen die Volksbank, habe Herr Jaffe damals auch gegen die Gewerbeausstellung vorgebracht. Der Erfolg habe aber seine Ansicht vollständig widerlegt. Daß die bestehenden privaten Geldinstitute durch eine städtische Bank geschädigt würden, widerlegt Redner und hebt hervor, gegen private Institute bestiehe eben eine Abneigung des Publikums. Die Magistratsvorlage verdiene nicht eine Ablehnung kurzer Hand, vielmehr sei eine sehr ernste Erwägung derselben am Platze.

Stadtrath Jac. d. L. vertheilt im Auftrage des Magistrats die Vorlage. Diese sei hervorgegangen aus der festen Ueberzeugung, daß damit für die Kreditverhältnisse in unserer Stadt etwas außerordentlich Gutes und Nützliches geschaffen werde. Die Vorlage sollte darum nicht so leicht behandelt werden, wie dies geschehen sei. Das Kreditbedürfniß gewisser Erwerbsklassen werde nicht beseitigt und es entwickelten sich infolge dessen die allertraurigsten wirtschaftlichen Verhältnisse. Das Kapital bilde für den kleinen Handwerker das Blut und dieses ihm durch Kreditgewährung zuzuführen, sei eine Aufgabe der Stadt. Bisher sei dies nicht geschehen, die Verwaltung unserer Sparkasse habe das Kapital seiner eigentlichen Bestimmung vielmehr entzogen. Wieviel Mühe habe es nicht gekostet, bei der Sparkasse den Lombardverkehr einzuführen. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die Kommission zu einem erfreulichen Resultate kommen werde, was der Magistrat dringend wünsche.

Oberbürgermeister Wittin : Er hoffe, daß man die Vorlage nicht so behandeln werde, wie der Berichterstatter, sondern der Kommission zur Verathung überweisen werde. Es sei sehr wohl bekannt, daß gerade gegen diese Vorlage heftig agittirt worden sei und daß dieselbe auf Widerstand stoßen werde. Dennoch denke der Magistrat nicht daran, die Vorlage zurückzuziehen, sondern bitte um eine Cultung darüber. Ein bißiges polnisches Blatt habe die geplante Bank als eine bloße Gelegenheits zur Vermehrung der Beamten bezeichnet. Wie sehr die städtische Sparkasse dem Kreditbedürfnis des Publikums dienlich gemacht werden könne, zeige schon die Einführung des Lombardverkehrs, der während der kurzen Zeit des Bestehens dieser Einrichtung bereits vier Millionen Mark Umsatz zu verzeichnen habe. Redner theilt hier statistische Zahlen über die Benutzung des Lombardverkehrs bei der städtischen Sparkasse mit, woraus deutlich hervorgeht, daß schon dieser immerhin schwerfällige Lombardverkehr neues Leben in die Kreditverhältnisse der Stadt gebracht hat. Die hier vorgetragene Meinung, daß ein Bedürfnis für eine städtische Bank mangle, widerlege seinen Erfahrungen. Während seiner Amtstätigkeit in Posen hätten sich sehr viele Personen ihm gegenüber dahin geäußert, daß unter Gewerbe und Kleinhandwerk weiter kommen würde, wenn ihm ausreichender Kredit zur Verfügung stände. Mit dem alten Giede, daß hier alles verloren sei, komme man aber nicht weiter. Nun sage Herr Joffé, uns fehle Initiative und technisches Können. Dem Redner sei aber in Unterredungen gesagt worden, hier gebe es eine kleine Industrie, und diese wolle man heben und fördern. Die Phrasen von der Indolenz und dem mangelhaften Streben werde auch hier aufgestellt, er, Redner, glaube aber nicht daran. Auch in Oberschlesien mit einer nicht in'stätigsteren Bevölkerung habe sich eine lebhafteste Papier- und Holzfabrik entwickelt. Der Privat-Banquier könne einen ausgedehnten Kredit nicht geben, weil ihm hierzu das Kapital fehle. Und wenn er Kredit gebe, geschehe es unter erschwerten und teilspeijlichen Umständen. Als 2. Punkt gegen die geplante Einrichtung führe man die Konkurrenz ins Feld, die durch eine solche Bank den privaten Instituten gemacht werde. Weßhalb wolle man denn ein Monopol schaffen für einige Bankiers? Bei aller Achtung gegen unsere Bankiers könne er doch nicht das Recht anerkennen, zu verlangen, es dürfe eine Konkurrenz nicht geschaffen werden. Und dann lehre die Erfahrung, daß eine Vermehrung von Instituten nicht gleichbedeutend sei mit einer Verringerung des Erwerbes. Es könne darum nicht zugegeben werden, daß die bestehenden Geldinstitute durch eine städtische Bank gefährdet würden, zumal ihre Thätigkeit auf einem ganz anderen Gebiete liege. Der Magistrat habe die'se Vorlage nach reiflicher Überlegung und langen Debatten gemacht, er könne daher auch verlangen, daß sie mit Ernst berathen und verhandelt werde. (Apropos.)

Nach einer Erwiderung des Referenten Jaffé spricht noch Stabtr. Placzek gegen die Vorlage, indem er seinen Standpunkt in ähnlicher Weise begründet wie Herr Jaffé. Hierauf wird die Vorlage an die Finanzkommission verwiesen.

Schluss der Sitzung um 7½ Uhr.

Enfants.

Wien, 5. December.

* **Posener 3 1/2proz. Provinzial-Anleihe-Scheine.** Gegenüber der bevorstehenden Beilegung der Posener landwirthschaftlichen Pfandbriefe sei darauf hingewiesen, daß nach den zuständigen Orts eingezogenen Erkundigungen bezüglich der Posener 3 1/2proz. Provinzial-Anleihe-Scheine auch für das nächste Jahr die planmäßige Tilgung durch **Ankauf** beabsichtigt wird, obgleich der Kursnand dieser Papiere den Parikurs wesentlich übersteigt. Ferner sei darauf hingewiesen, daß von derselben Stelle die Auskunft erteilt worden ist:

Eine Konvertirung der bisher ausgegebenen 20 Millionen 3 $\frac{1}{2}$ proz. Posener Provinzial-Anleihe-Scheine durch die demnächst zur Begebung gelangenden 3proz. Posener Provinzial-Anleihe-Scheine sei ausgeschrieben.

* **Personalnotiz.** Die Verlegung des Kreis-Thierarztes
H. v. Polmar i. B. nach Schroda ist zurückgezogen.

Aus der Provinz Bosen.

g. Jutroschin, 4. Der. [Todesschlag.] Im Gasthause zu Grabosnitz hat am Sonnabend Abend eine Schlägerei mit ver-

königlichen Ausgange stattgefunden. Der Maurergeselle Altmann aus Kasawe wurde nämlich dabei veranlaßt, daß er kurze Zeit darauf verstarb. Gegen die Thäter wird vorgegangen werden.

Meerrett, 4. Dez. [Feuer.] Heute früh gegen 4 Uhr brannten in dem nahen Dorfe Solben 4 den Besitzern Franke, Genge, Berich und Bäckle gehörige Scheunen nieder. Das Feuer, das erst bemerkt wurde, als es schon sämtliche vernichteten Gebäude ergriffen, hätte bei der leichten Bauart der anstehenden Wirtschaftsräume unzweifelhaft eine noch größere Ausdehnung angenommen, wenn die mit Stroh gedeckten Dächer nicht in Folge des thauenden Schnees für jeglichen Brandstoff unempfindlich gewesen wären, weswegen den eingetroffenen Spritzen die Lokalisierung des Feuers ohne große Anstrengungen gelang. Den Abgebrannten, die nicht verbrannt hatten, ist fast ihre ganze Habe vernichtet worden.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

Breslau, 4. Dez. [Zum Kaiserbesuch.] Der Kaiser hat bei der Verabschiedung auf dem Oberschießplatz dem Polizeipräsidenten Dr. Bienlo (früher in Polen) den Rothen Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife verliehen. — Die „Schlesische Ztg.“ dementirt jetzt die Nachricht der „Bresl. Ztg.“, der Kaiser habe mit dem Regierungspräsidenten von Gumboldt und der Basa in längeren Unterredungen über die Wintertouristen gesprochen, woran verschiedene Folgerungen geknüpft wurden.

Vermischtes.

Aus der Reichshauptstadt, 4. Dez. Zur Begründung des Hofmarschalls Frhrn. v. Reischach meldet das „Berl. Tagbl.“: Die neulichste Meldung, daß auch dem Cerimonienmeister v. Schrader der Rest der ihm wegen des Duells mit v. Kohe diktierten Festungsstrafe erlassen worden sei, ist nach der „Post“ irrthümlich. Die so baldige Begnadigung soll auf Befürwortung der Kaiserin Friedrich zurückzuführen sein, die ihren Hofmarschall, Frhrn. v. Reischach, bei ihrer am nächsten Sonntag erfolgenden Rückkehr nach Berlin für die Wintermonate wieder in ihrem Dienst zu haben wünschte.

Die Festlichkeiten zum 80. Geburtstag Adolf Menzels nahmen heute ihren Anfang mit einem Bankett, das die Akademie der Künste zu Ehren des Altmeisters im reichgeschmückten Festsaal des Klubs veranstaltete. Den Mittelpunkt der Dekoration bildete die jetzt in der Akademie-Ausstellung befindliche Wenzelsbüste von Reinhold Begas. Erschienen waren einige 60 Personen, Mitglieder beider Sektionen der Akademie. Den Ehrenplatz nahm der Gefeirte ein.

Die Frauenfrage in der Akademischen Velehalle zu Berlin hat neuerdings zu einem Eingreifen der Universitätsthätigkeit Anlaß gegeben. Das Direktorium der Velehalle hatte bekanntlich diejenigen Damen als Abonnenten zugelassen, welche die Berechtigung haben, als Hospitanten an der Universität Vorlesungen zu hören. So trat im vergangenen Sommer eine Polin als erstes weibliches Mitglied in die Velehalle ein, und in diesem Winter folgten ihr zwei andere Damen. Rektor und Richter sind jedoch mit dieser bedingten Zulassung weiblicher Abonnenten nicht einverstanden, zumal auch die Satzungen darüber keine Bestimmungen enthalten; sie haben dem Direktorium aufgegeben, Frauen fortan den Zutritt zur Velehalle nicht mehr zu gestatten.

Ein gefährlicher Einbrecher ist durch die Volkszählung am 2. Dezember ermittelt und bingest gemacht worden. Es ist der Schlosser Brandt, der im Verdacht steht, mit Mitgebern der Selbstigen Bande und auch selbständig Diebstähle verübt zu haben. Er hielt sich seit Entlassung aus seiner letzten Strafkast, seit Ende vorigen Jahres unangemeldet in Berlin und in den Vororten auf. Wegen der Volkszählung wurden nun in der Nacht zum Montag in allen zweifelhaften Lokalen und öffentlichen Anlagen Streifen abgepalten, wobei Brandt im Hintergarten gefangen und verhaftet wurde.

Der muthmaßliche Raubmörder Karl Kura ist gestern in der Gegend von Potsdam gesehen worden. Er soll in Potsdam selbst mit einem Bekannten in einer Schankwirtschaft Wein gezecht haben. Kurz war übrigens nicht Verkleidungsagent, sondern hat sich als solcher nur aufgeführt. In Wirklichkeit war er Hausdiener und Knecht. Er lebte seit fünf Jahren in verschiedenen Orten des Kreises Teltow.

Neue Erdbeben in Eisleben. In der Nacht zum 2. Dezember verlor plötzlich in Eisleben nach einer kurz vorhergegangenen Erdrückung in der Hohenborststraße ein Stück Straßenland. An dieser Stelle bildete sich sofort ein tiefer, schräg verlaufender, richterförmiger Schlund. Auch Luthers Sterbehäuser, das bisher vor Erschütterungen verschont blieb, und auch außerhalb des eigentlichen Senkungsgebietes liegt, zeigt seit kurzem zum Theil erhebliche Risse, die bei dem historischen Gebäude ausbebetert werden.

Der Erfinder des kugelsicheren Panzers Schneidermeister Dome liegt in Wiesbaden seit einiger Zeit krank darnieder; er ließ sich jetzt auf seinem Krankenbett mit seiner Begleiterin, der Kunstschützin Diana Frauen. Dome war beim Trauungsakt so schwach, daß er kaum seinen Namen schreiben konnte und hierbei geküßt werden mußte.

Telegraphische Nachrichten.

Oestrich i. Rheingau, 4. Dez. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin richtete an den hier wohnenden General der Infanterie z. D. v. Stosch zur 25. jährigen Erinnerung an die Tage von Orléans ein äußerst huldvolles Telegramm, in welchem er im Sinne seines verstorbenen Vaters für den in hochernannten kritischen Tagen gewährten träftigen Beistand dankte, durch welchen es allein möglich war, die glückliche Wendung des Krieges herbeizuführen.

München, 4. Dez. Die Kammer der Abgeordneten erledigte den Rest des bayerischen Militäretats und nahm einstimmig eine Resolution auf Verminderung der Zahl der Pensionierungen der Offiziere an. Die Gesamtabstimmung über die Militäretats mit 107 gegen 10 Stimmen ergab eine nicht ausreichende Präsenzzahl, da hierfür 120 erforderlich sind.

Schwerin, 4. Dez. Aus Cannes wird gemeldet: Das Befinden des Großherzogs ist unverändert. Die asiatischen Beschwerden dauern fort und sind in den letzten Tagen von neuem verstärkt aufgetreten.

Hamburg, 4. Dez. Dem „Hamb. Corr.“ zufolge wurde heute Vormittag während des Nachmarktes im Kontumazhofe unter den dort vorhandenen Ochsen die Maul- und Klauenseuche amtlich konstatiert. Die sofortige Abschachtung des vorhandenen Viehanlages wurde angeordnet. Man vermutet, daß die Seuche durch Ochsen aus Sulum eingeschleppt worden ist.

Nach amtlicher Bekanntmachung aus Flensburg ist wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche über den Kreis Slesvig bis zum 17. Dezember die Sperre verhängt.

Wien, 4. Dez. Der Budgetausschuß nahm das Finanzgesetz für 1896 an, nach welchem die Staatsausgaben auf 662 817 082 Fl., die Einnahmen auf 663 752 808 Fl., somit der Ueberschuß auf 935 726 Fl. veranschlagt ist.

Der Budgetausschuß nahm einstimmig die Resolutionen an, durch welche die Regierung aufgefordert wird, bei der Einbringung des Staatshaushalts im nächsten Jahre Vorschläge betreffend

die Verwendung der aus der Gebahrung des Vorjahres sich ergebenden Ueberschüsse zu machen und eine Reform der Cassageabrechnung durch Zugiehung der Postparaffas oder durch ein Uebereinkommen mit den Banken zu veranlassen. Der Finanzminister Dr. v. Bismarck erklärte im Laufe der Debatte, als Bankier des Staates komme nicht die Postparaffas, sondern die gemeinsame Zettelbank in Betracht. Ministerpräsident Graf Bismarck erklärte im Laufe der Debatte über die Moldauregulierung, das Projekt betreffend die Kanalisierung der Moldau und der Elbe liege dem Ministerium vor; die Prüfung desselben sei bereits vorgeschritten.

Budapest, 4. Dez. Die Regierung verlangt einen Kredit von 4 1/2 Millionen Gulden für dringendste Anschaffung von Lokomotiven bei den ungarischen Staatsbahnen.

Rom, 4. Dez. Die Deputirtenkammer begann die Beratung über die Umwandlung der vier künftigen Verordnungen vom 6. November 1894 zum Gesetz; die Verordnungen betreffen Änderungen der Gesetze über die Organisation der Armee, die territoriale Abgrenzung der Anstalten, die Besoldungen und dauernden Pönungen. Der Kriegsminister erklärte gegenüber einer Aeußerung der Kommission, die vorgenannten Dekrete enthielten noch keine Anbahnung der territorialen Reorganisation.

Rom, 4. Dez. Der Papst empfing heute den Großherzog von Sachsen-Weimar. Der Empfang, bei welchem dem Großherzog fürstliche Ehren erwiesen wurden, dauerte etwa eine halbe Stunde.

Belgrad, 4. Dez. Die Stupschina hat eine Gefeirvorlage angenommen, durch welche einer Altiengeellschaft das Privilegium zur Gründung eines Centralviehhofes in Belgrad verliehen wird. Durch diesen soll der ganze lebendige Viehexport und Viehhandel hier konzentriert werden. Der Viehhof wird mit allen modernen, gesundheitspolizeilichen Vorkehrungen versehen und unter staatliche Aufsicht gestellt werden.

Zur Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 4. Dez. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.“) Nach einer Meldung aus Cesarea hat dort am 30. November das falsche Gerücht, daß ein Angriff der Armenier auf die Muhamedaner bevorstehe, Unruhen hervorgerufen. Es herrscht große Panik. Die Bäden der Armenier sind geschlossen. Nach bisheriger Feststellung wurden 60 Armenier getödtet. Auch aus Aleppo wird berichtet, daß dort selbst ein ganz leeres und falsches Gerücht eine Panik hervorgerufen; die Christen leben demnach in Furcht vor einer Mezelei, daß sie bei dem geringsten Alarm ihre Bäden schließen und in den Höfen ihrer Häuser Schutz suchen. Wie aus Charput berichtet wird, wurde der österreichische Unterthan Petrovits, welcher Oberbuchhalter der Tabakregie ist, auf einer Reise in dem dortigen Bezirke ermordet.

Die Verhaftung von in Konstantinopel lebenden Armeniern und deren Rücksendung nach ihrem Heimathsgebiete dauert fort. Bis jetzt wurden mehr als 1000 derselben ausgewiesen. Die Dragomane der russischen, der britischen und der italienischen Botschaft machten gestern dem Polizeiminister Vorstellungen hierüber, worauf derselbe erklärte, daß bisher nur 180 arbeitslose Armenier in ihre Heimath zurückbefördert worden seien.

Konstantinopel, 4. Dez. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Sultan richtete einen persönlichen Appell an die Großmächte, in welchem er dieselben allerdings erfolglos bat, auf ihrer Forderung eines Fernmarsch betreffend die Zulassung zweier Stationschiffe nicht zu bestehen. Der russische Minister des Aeußeren Fürst Lobanow-Rostowski erklärte, daß er zunächst die anderen Kabinette sondiren würde. Als darauf von diesen ungünstige Antworten einliefen, benachrichtigte Fürst Lobanow den türkischen Botschafter in Petersburg Gulini-Pascha, daß er keinen Grund sehe, von dem seitens anderer Mächte eingeschlagenen Verfahren abzugehen. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski führte eine noch deutlichere Sprache und erklärte dem türkischen Botschafter in Wien Salih-Bey, daß das Einvernehmen der Mächte ein vollständiges sei und daß die türkische Regierung nicht auf einer dilatorischen Politik bestehen müsse.

Konstantinopel, 4. Dez. Die eine für die kleinasiatischen Provinzen bestimmte Kommission ist in Erzerum, die zweite in Charput eingetroffen; die für die europäischen Provinzen bestimmte Kommission begiebt sich Freitag nach Salonichi. Die Verhandlungen mit den Aufständischen in Zeitun sind ohne Ergebnis geblieben und die Operationen gegen dieselben wieder aufgenommen worden.

Wien, 4. Dez. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Minister des Aeußern Tewfik Pascha hat sich in einem Gespräch mit einem Zeitungs-Verichterstatter dahin geäußert, daß die Frage der zweiten Stationschiffe noch in Verathung stehe, ein endgiltiger Beschluß noch nicht gefaßt sei, und somit die Nachricht der „Times“, daß der Ministerrath dem Sultan einen diesbezüglichen Beschluß unterbreitet habe, nicht begründet sei. Der Zweck der für die europäischen Provinzen bestimmten Kommission sei, in den einzelnen Landstrichen von der Bevölkerung die Bedürfnisse zu erfahren, sowie die im Berliner Vertrage vorgesehenen Reformen einzuführen, um allgemeine Beruhigung und Befriedigung zu erzielen. Weiter theilte der Minister mit, daß die Aufständischen in Zeitun einige Gefangene getödtet hätten, und die Oberleitung der Operationen von dem bewährten General Edhem Pascha übernommen worden sei; Blutvergießen solle aber möglichst vermieden werden. In Hauran sei die Beruhigung beinahe erreicht, in Yemen handele es sich um gewöhnliche Friktionen lokaler Natur. Die finanziellen Wünsche der Cretenfer würden befriedigt werden; die Beruhigung in den kleinasiatischen Vilajets zeige, von kleinen unvermeidlichen Zwischenfällen abgesehen, die besten Fortschritte.

Rom, 4. Dez. Dem „Osservatore Romano“ zufolge sandte der Papst nach Empfang der Nachricht von den gegen die Armenier in Anatolien verübten Gewaltthaten die Summe von 50 000 Lire an den Patriarchen Arrian als Unterstützung für die Familien der Opfer. In einem Schreiben an den Kardinal-Staatssekretär Rampolla gab der Patriarch der Dankbarkeit der Armenier für diese Gabe des Papstes Ausdruck.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprekblenk der „Post. Btg.“

Berlin, 5. Dezbr. Vormittags. Der „Hamb. Corr.“ weiß zu melden, daß die Einweihung des Rhyffhäuser-Denkmal in Gegenwart des Kaisers und der Bundesfürsten am 16. Juni 1896 erfolgen wird.

Hamburg, 5. Dez. In dem Prozeß gegen die Fälscher von Eisenbahnkarten wurde die Angeklagte Bernhardt freigesprochen, Hanske, Kullas und Wille wurden zu fünf bezw. 3 Monaten und 6 Wochen Gefängnis, Supelt zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Leipzig, 5. Dez. Dem „Leipz. Tagbl.“ zufolge sandte der Kaiser zur Beilegung des Reichsanwalts Tessenbors, welcher auch der Staatssekretär im Reichs-Justizamt Niederding bewohnte, einen prächtigen Kranz und richtete an die Intercessenden Beliebtelegramme.

Wien, 5. Dez. Der „Volksklub“ arbeitet einen Auswanderungsgesetzentwurf aus.

Rom, 5. Dez. Der Deputirte Bobio brachte einen parlamentarischen Initiativ-Gesetzentwurf ein, die Zahl der Bischöfe zu verringern und die menses episcopales, welche durch den Tod der Bischöfe wegfallen, an den armen Clerus zu vertheilen.

London, 5. Dez. Der 100jährige Geburtstag Thomas Carlhles wurde in Edinburgh und anderen schottischen Städten gefeiert. Kaiser Wilhelm II. sandte einen Immergrün-Kranz für das Grab Carlhles.

London, 5. Dez. Eine Konferenz zur Beilegung des Schiffbauersstreiks tritt Dienstag unter dem Vorsitz des früheren Attorney-General James zusammen.

Antwerpen, 5. Dez. Auf Requisition der deutschen Polizei sollten zwei verdächtige unter falschen Namen in einem hiesigen Hotel sich aufhaltende Personen verhaftet werden; erschossen sich jedoch im Augenblick der Verhaftung.

Sofia, 5. Dez. Der „Agence Balcanique“ zufolge enthält der Bericht der Untersuchungskommission über das Regime Stambulows Vorwürfe über Mißbrauch der Amtsgewalt aller Art und fordert die Sobranje auf, die acht ehemaligen Ministerkollegen Stambulows in den Anklagezustand zu versetzen und die Erben Stambulows und Mutterow im Wege des Zivilprozesses haftbar zu machen.

Handel und Verkehr.

Breslau, 4. Dez. [Von der Börse.] Die hiesige Börse befindet sich augenblicklich in einer bedeutungsvollen Krisis. Der Grund dazu liegt in der Thatfache, daß in Folge der Abnahme der Börsenbesucher, deren Zahl im vorigen Jahre nur noch 357 betrug, mithin eine Abnahme von 25 gegen das Vorjahr zeigte, eine Ercheinung, die sich auch im Jahre 1895 wieder geltend gemacht hat, die für Eintrittsarten zur Börse gelösten Beträge nicht mehr ausreichen, um aus ihnen und den anderen Mitgliedsbeiträgen für das Börsengebäude eine wie bisher 4proz. Verzinsung für das Kapital des Börsenaktienvereins zu sichern, so daß schon in diesem Jahre die Verzinsung auf 3 Proz. herabgesetzt werden mußte. Um diesem Mißstande zu begegnen, soll vom 1. Jan. 1896 ab eine Erhöhung der Preise für Eintrittsarten zu den Börsenveranstaltungen um 25 Proz. des bisherigen Satzes eintreten. Dieser Plan hat aber unter den Börsenbesuchern eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Seit gestern liegt an der Börse eine Protestkundgebung gegen diese Absicht vor, in der die Unterschnmer mit ihrem Fernbleiben von der Börse drohen, falls der Plan zur Wirklichkeit wird. Bisher haben über 100 Firmen, zum größten Theil der Produzentenbranche angehörend, diese Protestklärung unterzeichnet und erklärt, eventuell nur noch den Landmarkt zu besuchen, da ein Besuch der Börsenveranstaltungen in Folge des Wegfalles der Umlagebeiträge an der Breslauer Börse für sie nicht nothwendig sei. Ob eine Verständigung zu Stande kommt, läßt sich heute noch nicht übersehen.

H. Wien, 4. Dez. Der sehr gefürchtete heutige Börsenzahltag ist, trotzdem an das Arrangementsbureau des Girokassenvereins an Differenzen 10 Millionen Gulden baar gezahlt werden mußten, ohne eine einzige Insolvenz verlaufen. Die an sich unbedeutenden Schwierigkeiten, welche durch das Hilfskomitee zu arrangiren waren, wurden leicht geregelt. Das Komitee hat die ihm zur Verfügung gestandenen 500 000 Fl. nicht einmal ganz aufgebraucht.

W. B. Konstantinopel, 4. Dez. Die Ottomankbank und andere Banken machen bekannt, daß der Mangel an türkischen Pfunden nunmehr beseitigt sei, und daß sie daher aufhören würden, sich bei Zahlungen ausländischen Goldes zu bedienen. Der Börsenverkehr stocht noch immer.

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Berlin, 4. Dez. Der Verlauf der heutigen Börse war kein einheitlicher: während Bankaktien und einzelne Rentenwerthe durchweg feste Tendenz bekundeten, verliefen die Montanwerthe nach fester Eröffnung in intensive Mattigkeit, die in Kohlenaktien, mehr aber noch in Hüttenwerthen Kursrückgänge bis zu 2 Prozent herbeiführte. Noch bestehen hier größere Hauffengagements in schwachen Händen, die mit nachgebenden Kursen immer mehr gelöst werden. Außerdem wirkten die schlechteren Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt dauernd nach, da man sie spekulativseitig nicht für rasch vorübergehend hält; und schließlich vertheilten heute auch die vom Präsidenten Cleveland angekündigten Einschränkungsmaßregeln gegenüber dem deutschen Handel. Wir verweisen speziell hierauf auf die betreffenden telegraphischen Angaben. Der Zahltag in Wien ist beschreibend verlaufen; wenigstens sind keine offiziellen Insolvenzen bekannt geworden. Auch in Paris schienen die Besorgnisse auf den morgigen Zahltag einigermaßen geschwunden zu sein und im Ganzen wurde von dort und London bessere Haltung berichtet. Nachbörsllich folgte eine allgemeine mäßige Befestigung. Bankaktien erliefen letzte Kursbesserungen; Deutsche Bank notirten erstmals exklusive Bezugsrecht. Deutsche Bahnaktien blieben still und behauptet; österreichische waren theilweise besser, ebenso schweizerische schwächer. Italienische, Prince Henri, Kanaba und übrige verkehrten ganz still. Montanwerthe schwankten und waren nach festem Einsetzen matt, später erholt. Von fremden Fonds waren besonders Mexikaner beliebt, auch Italiener auf Paris, türkische Werthe gebeßert. Nebengebiete und der ganze Kassa-Industriemarkt waren vorwiegend schwach. Privatbanknot 2 1/2 Prozent. (N. B.)

